

Controllingbericht

Dezernat 1

3. Quartal 2016

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2016 insgesamt
		substanzielle Veränderungen	davon aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 10	Amt für zentrale Steuerungsunterstützung	386.700 €	-105.520 €	281.180 €
Amt 11	Amt für Personal und allgemeine Dienste	-700.100 €	0 €	-700.100 €
Amt 14	Prüfungsamt	76.120 €	0 €	76.120 €
Amt 15	Amt für Kommunalaufsicht, Wahlen, Kreistagsbüro	-76.124 €	0 €	-76.124 €
Amt 30	Rechts- und Ordnungsamt	-32.500 €	0 €	-32.500 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		-345.904 €	-105.520 €	-451.424 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 10	Amt für zentrale Steuerungsunterstützung	0 €	-565.000 €	-565.000 €
Amt 11	Amt für Personal und allgemeine Dienste	185.000 €	490.000 €	675.000 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>		185.000 €	-75.000 €	110.000 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

17.11.16 
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 1

Sachverhalt

Veränderung
in €**Amt 10**

• Verschiebung "Leuchtturmprojekt" (Führungsfortbildung) EÜ nach 2017, ursprünglich früher geplant	80.000
• Einführung Dokumentenmanagementsystem (EÜ 2015)	-50.000
• Mehrkosten Organisations-Untersuchung durch die GPA (EÜ aus 2015 114.720, üpl. In 2016 135.000 €, davon Aufwand 2016 = rd. 45.000 €)	-159.720
• Mehrkosten Mitgliedschaft KGSt	-1.300
Wenigeraufwand Kommunikation, Umbuchung für Mehrkosten Netzwerke	58.000
Mehrkosten spezielle zentrale Hardware	-5.800
Mehrkosten externe Dienstleistungen	-65.000
Reduzierung civitec-Umlage (anderw. Finanzierung Rechenzentrum)	433.000
Wenigeraufwand Arbeitsplatzausstattung (Hardware)	57.000
Mehrkosten für Netzwerke (LAN, WAN, TK)	-58.000
Mehrkosten für Standardsoftware (Microsoft Einzelplatz; Sophos)	-57.000
Kosten aller Server (EÜ nach 2017)	50.000

Summe Amt 10**281.180****Amt 11**

• Höhere Erstattung Personalokosten civitec und Wasserverband	25.000
• Geringere Einnahmen Job-Ticket, ähnlicher Kostendeckungsgrad wie in Vorjahren	-9.000
• Höhere Ausgaben Job-Ticket, siehe oben	-37.000
• Betriebsarzt, gestiegener Gesamtpreis für den betriebsärztlichen Dienst, höhere betriebspezifische Aufwendungen (z. B. Impfstoffe)	-26.000
• KGSt macht seit Ende 2015 die Stellenbewertungen für den Rhein-Sieg- früher wurde die Stellenbewertung intern vorgenommen.	-20.000
• Höhere Kosten für externe Ausschreibungen um qualifiziertes Personal zu	-24.000
• Erhöhung der Gesellschafterumlage Studieninstitut	-18.000
• Motivationsmassage, höhere Aufwendungen durch gestiegene	-5.000

Sachverhalt

Veränderung
in €

• Höhere Personalkostenerstattung vom Studieninstitut und VRS	61.900
Geringere Entgelte aus dem Bereich der Druckerei	-9.000
Reduzierung der Einträge in den Telefonbüchern	14.000
Outsourcing Materialkurierdienst (Transportboxen, Fahrdienst)	-6.000
Honorare/Entgelte für Dritte, Sicherheitsdienst Ausländeramt zeitweise, Umrüstung der Evacchairs	-7.000
Höhere Kosten für Aus- und Fortbildung (hohe Zahl von umgesetzten oder neuen Mitarbeitern im Dez. 7 und Amt 14)	-37.000
Verzicht auf Hinweisbekanntmachungen laufender Vergabeverfahren	7.000
Reduzierung Kostenstelle Fahrzeuge	50.000
Portoerhöhung zum 01. 01. 2016	-60.000
Reduzierung Aufwand Papier	15.000
Veränderung Bewertung Vermögen allgemeine Verwaltungsgebäude	150.000
• Auflösung von Rückstellungen (Nach Beschluss des Kreistages sollten im Doppelhaushalt 2015/2016 Urlaub und Überstunden und die hierfür gebildeten Rückstellungen abgebaut werden. Das Einsparziel in Höhe von 1,34 Mio. konnte bereits in 2015 über den Ansatz hinaus mit insgesamt 2,1 Mio € realisiert werden. Dies führt dazu, dass für das Haushaltsjahr 2016 isoliert betrachtet eine Verschlechterung in der veranschlagten Höhe entsteht, das Einsparziel insgesamt jedoch über den Ansatz hinaus erreicht	-765.000

Summe Amt 11

-700.100

Amt 14

• Höhere Kostenerstattung durch die Stadt Troisdorf wegen Anpassung an aktuellen KGSt-Kostenberechnungen	76.120
•	
Summe Amt 14	76.120

Amt 15

- Erhöhung durch die Zahl und den Umfang der öffentlichen durch die Kreisverwaltung nicht beeinflussbar, geringe Einsparung durch Änderung der Hauptsatzung -20.691

- Erhöhung der Leistungen an die Kreistagsabgeordneten etc. durch die Entschädigungsverordnung -55.433

•

•

Summe Amt 15 **-76.124**

Amt 30

- Höhere Erstattung von Abschiebekosten durch mehr Abschiebungen, Teil Weiterleitung an Land NRW 23.000

Gebührenaufschläge bei Hartz IV-Empfänger -14.000

- Bußgeldsachbearbeitung musste wegen anderer dingender Angelegenheiten reduziert werden -4.500

- Höhere Verwaltungsgebühren - Staatsangehörigkeit und Personenstand 17.000

- Höhere Druckkosten für den elektronischen Aufenthaltstitel -45.000

Geringere Gerichtskosten 4.500

Geringfügig höhere Einnahmen Sprengstofflaubnisse 8.000

Gewerbeangelegenheiten - Geringere Bußgeldeinnahmen durch Personalverlagerung -8.000

abgesetzte Zwangsgelder -13.500

Summe Amt 30 **-32.500**

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der Investitionen im Dezernat 1

Sachverhalt

Amt 10

	Veränderung in €
• Verschiebung Erwerb spezieller Software	90.000
• Erwerb spezieller Software (EÜ aus 2015)	-110.000
• Erwerb Büro- und Geschäftsausstattung EDV-Hardware (EÜ nach 2017)	5.000
• Erwerb BGA EDV-Hardware (EÜ aus 2015)	-550.000
Summe Amt 10	-565.000

Amt 11

• Verkauf von Altfahrzeugen	25.000
• Zeitliche Verzögerung wegen Brandschutzsanierung, wird bestimmt noch	660.000
• Verteuerung Ausbau Vermessungsfahrzeuge	-10.000
•	
Summe Amt 11	675.000

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 1

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Amt 10</u>	
<u>Amt 11</u> Langfristige Einsparungen durch Organisationsuntersuchungen, denen aber Personalmehraufwand durch neue Aufgaben entgegen stehen kann.	
<u>Amt 14</u>	
<u>Amt 15</u>	
<u>Amt 30</u> Derzeit nicht endgültig absehbare Entwicklung bei der Aufnahme der Flüchtlinge und Asylbewerber. Jede Änderung der politischen Sach- und Rechtslage kann erhebliche Veränderung in der Abteilung Ausländerangelegenheiten haben. Da in der Abteilung und auch im Haus kein freies geeignetes Personal zur Verfügung steht, muss vermehrt entschieden werden, welche Aufgaben nicht wahrgenommen werden, natürlich auch mit Auswirkungen auf die Ausgaben und Einnahmen des	

Controllingbericht

Dezernat 2

3. Quartal 2016

Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)			
	substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2016 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>			
Stab 07. Kommunales Integrationszentrum	18.211 €	0 €	18.211 €
Amt 31 Kreispolizeibehörde - Zentrale Aufgaben	61.800 €	0 €	61.800 €
Amt 38 Amt für Bevölkerungsschutz	-435.000 €	0 €	-435.000 €
Amt 50 Sozialamt	-6.398.931 €	-585.000 €	-6.983.931 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt	-6.753.920 €	-585.000 €	-7.338.920 €
<u>Investitionen</u>			
Amt 38 Amt für Bevölkerungsschutz	68.730 €	-1.185.898 €	-1.117.168 €
Amt 50 Sozialamt	2.000 €	0 €	2.000 €
Gesamtveränderungen Investitionen	70.730 €	-1.185.898 €	-1.115.168 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

27.10.2016 
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 2

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Stab 07</u>	
- Die Veränderungen im Produkt 01.70.01, ergeben sich aus folgenden Gründen: 1. NRW-Projekt-Förderprogramm KOMM-AN- u.a. auf Grund eines späteren Personaleinsatzes. 2. Rückerstattungen an das Land bezogen auf die Förderprogramme "Zusammenkommen und Verstehen" und "Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe" aus dem Vorjahr. 3. Zeitliche Verschiebung der Zuschüsse für die Tätigkeit des Neubürgerbeauftragten.	18.211
Summe Stab 07	18.211
<u>Amt 31</u>	
0.31.10, Verwaltungsgebühren: Mehreinnahmen Waffenwesen 0.31.10, ordentl. Aufwendungen: höhere Aufwendungen für Beschaffung von Vordrucken u. ä. im Bereich Waffenwesen	65.000 -3.200
Summe Amt 31	61.800
<u>Amt 38</u>	
0.38.10: Gebühren kreiseigene Rettungswachen und Leitstelle Aufgabenbereich Rettungsdienst: zeitweise Störungen im Abrechnungsverfahren führen zu Verzögerungen bei Gebühreneinnahmen, die sich mindernd auf das Jahresergebnis 2016 auswirken. Ebenso zeichnen sich Mehraufwendungen gegenüber den geplanten Ansätzen ab. Die ausgewiesene Verschlechterung bezieht sich nur auf den "Gebührenhaushalt Leitstelle", da Unterdeckungen im "Gebührenhaushalt Rettungsdienst" durch Inanspruchnahme von Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren aus diesem Bereich, die in einen Sonderposten zum Gebührenaussgleich überführt wurden, gedeckt werden können.	-435.000
Summe Amt 38	-435.000
<u>Amt 50</u>	
Insgesamt ergibt sich trotz einiger Verbesserungen (u.a. erfolgt durch befristet-verstärkten Personaleinsatz bei Hilfe zur Pflege/Unterhaltsheranziehung) eine Gesamtverschlechterung i.H.v. knapp 7 Mio Euro: Eingliederungshilfe, (Steigerung der Fallzahlen sowie der Kosten im Einzelfall, wie ursprünglich vom Fachbereich prognostiziert)	-2.460.000

Sachverhalt	Veränderung in €
• Anstieg der Zahl der Leistungsberechtigten in der Hilfe zum Lebensunterhalt a. v. E. um 10%	-1.340.000
• Hilfe zur Pflege i. v. E. (erhebliche Kostensteigerung in den Einzelfällen durch Anstieg der Heimentgelte)	-1.300.000
• Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II (ursächlich sind insbesondere trotz absolut leicht erhöhter Aufwendungen für BuT-Leistungen aufgrund von innerhalb des Landes NRW unterdurchschnittlicher Aufwendungen im RSK erheblich verringerte Erstattungsleistungen BuT -rd. 0,6 Mio. €- sowie geringere Landeszuweisungen im Bereich der Wohngeldentlastung -rd. 0,6 Mio.- €)	-860.000
• Verwaltungskosten 'jobcenter rhein-sieg' (verringertes Erstattungsanteil aufgrund niedrigerem Anteil kommunalen Personals)	-220.000
• verringerte Bundeserstattung für Bildungs- und Teilhabeleistungen für Wohngeldempfänger und Kindergeldzuschlagsempfänger (geringerer Anteil RSK an Gesamtaufwendungen in NRW, s. o.)	-450.000
• Verwendung von Bildungs- und Teilhabemitteln gem. KT-Beschluss (Ermächtigungsübertragung aus dem Vorjahr, Betrag ist im Gesamtbetrag "aus zeitlicher Verschiebung" enthalten)	-450.000
• Förderung ambulanter und teilstationärer Pflegeeinrichtungen	-370.000
• verringerte Krankenhilfesaufwendungen für SGB XII-EmpfängerInnen	500.000
• Sonstige Veränderungen im Budget per Saldo (z. B. nicht abrechenbare rückwirkende Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, sonstige Leistungen und Sachverhalte, geringere Aufwendungen Behindertenfahrdienst und andere Bereiche, erhöhter Landeszuschuss Personalkostenausgleich für MitarbeiterInnen Elterngeld etc.)	-34.000
Summe Amt 50	-6.984.000

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der
Investitionen im Dezernat 2

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 38</u>	
Für die teilweise über die Jahre 2015 und 2016 laufenden Projekte des Amtes 38 werden neben den für 2016 vorgesehen Haushaltsansätzen genehmigte Ermächtigungsübertragungen aus 2015 in diesem Umfang herangezogen.	-1.117.168
Summe Amt 38	-1.117.168
<u>Amt 50</u>	
keine Investitionen im Sprachheilkindergarten erforderlich; Einsparungen bei den Investitionen für das kreiseigene Frauenhaus	2.000
Summe Amt 50	2.000

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 2

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Stab 07</u> Die Zuweisungen vom Land sind auf Grund des späten Personaleinsatzes in Bezug auf die Personalkosten KOMM-AN im Vergleich zu den vorherigen Quartalsberichten geringer auszufallen.	
<u>Amt 31</u> Ein weiterer Anstieg der Gebühreneinnahmen ist nicht zu erwarten. Durch den Wegfall der Tarifstelle 18.4 fallen die Gebühreneinnahmen für Fehlalarme dauerhaft weg. Die Einnahmen hieraus lagen bei ca. 70 - 80T€/jährlich. Weitere Mehreinnahmen werden voraussichtlich nicht erzielt.	
<u>Amt 38</u> 0.38.10 - Im Rahmen der Gebührenneukalkulation hat sich herausgestellt, dass in der Vergangenheit gebildete Gebühren-Rückstellungen aufgelöst werden können. Hierbei kann es sich um einen Betrag von 3 - 4 Mio € handeln, die sich verbessernd auf das Haushaltsergebnis 2016 auswirken würden. 0.38.10 - Veränderung bei Gebührenerträgen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Einsatzzahlen 0.38.10 - Maßnahmen des Rettungsdienstbedarfsplanes verzögern sich oder lassen sich nur mit höheren Kosten realisieren 0.38.10 - Weitere Ausfälle beim Abrechnungssystem, das 2017 erneuert werden soll, führen zu Einnahmenverzögerungen bzw. einem Minderertrag in 2016 0.38.30 - Mehraufwendungen im Zusammenhang mit größeren Schadenereignissen oder erforderliche Vorplanungen für sich aktuelle ergebende Situationen	3 - 4 Mio €
<u>Amt 50</u> 0.50.10. - Eine restriktivere Prüfung und Handhabung der Bundeserstattung im Bereich Grundsicherung im Alter kann zu Mindereinnahmen im 6stelligen Bereich führen. 0.50.10. - Auch nach Einschätzung der kommunalen Spitzenverbände sind durch verschiedene gesetzliche Neuregelungen, wie z.B. Inklusionsstärkungsgesetz, Bundesteilhabegesetz und Pflegestärkungsgesetz einerseits zusätzliche Leistungsansprüche und demzufolge eine Zunahme der Zahl der Anspruchsberechtigten sowie andererseits erhebliche Mehraufwände im Verfahren der Sozialbehörde zu befürchten. Die Auswirkungen bedingt durch die gesetzlichen Änderungen können noch nicht genau beziffert werden. Sollten Auswirkungen hinsichtlich des ISG nicht wie prognostiziert eintreten, ggfs. 600.000,-€ Mehraufwand als im Budgetbericht dargestellt. 0.50.20. - Die ungeklärte Situation bei den A2LL-Fehlbuchungen im SGB II zu beachten. 0.50.20.- Ein weiteres Risiko resultiert aus den flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen im SGB II-Bereich: Hinsichtlich der Höhe der Mehraufwendungen ist keine gesicherte Prognose möglich. Und auch das Gesetzgebungsverfahren, das die Erstattung regelt, wird voraussichtlich erst im Dezember abgeschlossen sein. Derzeit kann dementsprechend nicht zuverlässig beurteilt werden, welche Verteilungs- und Abrechnungsschlüssel zur Anwendung gelangen und ob tatsächlich eine 100%ige Erstattung erreicht wird.	

Controllingbericht

:rhein-sieg-kreis

Dezernat 3

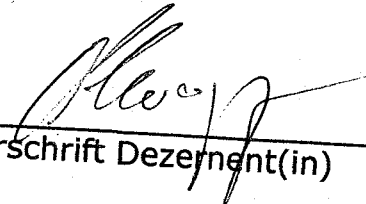
3. Quartal 2016

	Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2016 insgesamt
	substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>			
Amt 52 Versorgungsamt	0 €		0 €
Amt 53 Gesundheitsamt	8.622 €		8.622 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>	8.622 €	0 €	8.622 €

Investitionen

keine

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 2) sind Bestandteil dieses Berichtes.

14.10.16 
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der
Ergebnisrechnung im Dezernat 3

Sachverhalt

Veränderung
in €Amt 52

- Keine wesentlichen Veränderungen
-

Summe Amt 52

0

Amt 53

- Geringfügige Verbesserung aufgrund einmaliger Effekte, u.a.
Minderausgabe für Rechtsgutachten KH Eitorf
-

8.622

Summe Amt 53

8.622

Controllingbericht

Dezernat 4

3. Quartal 2016

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2016 insgesamt
		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 39	Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	75.050 €	0 €	75.050 €
Amt 66	Amt für Technischen Umweltschutz	0 €	0 €	0 €
Amt 67	Amt für Natur- und Landschaftsschutz	0 €	0 €	0 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		75.050 €	0 €	75.050 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 67	Amt für Natur- und Landschaftsschutz	0 €	0 €	0 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>		0 €	0 €	0 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

19.10.16 C. [Signature]
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 4

Sachverhalt

Veränderung
in €

Amt 39

- 0.39.10 Verbraucherschutz: Mehrerträge sowohl bei den Verwaltungsgebühren als auch den ordnungsrechtlichen Erträgen 116.300
- 0.39.20 Schlachttier- und Fleischuntersuchung: Mindererträge bei den Verwaltungsgebühren durch die noch ausstehende Satzungsänderungen können teilweise durch geringere Honorarzahungen an amtliche Tierärzte, die für das kreiseigene Trichinenlabor tätig sind, ausgeglichen werden -89.000
- 0.39.30 Tiergesundheit: Mehreerträge bei den Verwaltungsgebühren durch die erstmalige Erteilung von Erlaubnissen nach gesetzlicher Änderung sowie Minderaufwendungen bei den Kosten der Tierkörperbeseitigung 43.750
- Amt 39 insgesamt: Minderausgaben bei den Kosten für das Qualitätsmanagement-System 4.000

Summe Amt 39

75.050

Amt 66

-
-
-
-

Summe Amt 66

0

Amt 67

-
-
-
-

Summe Amt 67

0

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 4

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
Amt 39 Die Einnahmen des Amtes basieren fast vollständig auf Verwaltungsgebühren und sonstigen ordentlichen Erträgen (Buß- und Zwangsgelder). Die hier zu Grunde liegenden Fallzahlen sind vom Amt nicht aktiv zu beeinflussen. Es ist daher durchaus möglich, dass im letzten Quartal 2016 noch Verbesserungen oder Verschlechterungen in den einzelnen Teilprodukten entstehen. Die zum zweiten Halbjahr 2016 in Kraft getretene Gebührenpflicht für Primärkontrollen im Bereich des Verbraucherschutzes und die daraus resultierenden Mehreinnahmen sind abhängig von der Zuverfügungstellung des angeforderten Personals (seit 1.9.2016 Teilzeitkraft mit 11.5 Wochenstunden) sowie der teilweise noch in Abstimmung befindlichen Befreiungstatbestände für Lebensmittelunternehmer.	
Die veranschlagten Ausgaben für die Tierseuchenbekämpfung stellen den jährlichen Grundbedarf sowie evtl. Tierseuchenausbrüche mit geringerem Kostenaufwand (z. B. Faulbrut bei Bienen) sicher. Ein Ausbruch von Tierseuchen mit hohem oder sehr hohem, die Haushaltsansätze übersteigendem Finanzbedarf (z. B. Afrikanische Schweinepest, Vogelgrippe, Geflügelpest) ist jederzeit möglich und nicht plan- oder kalkulierbar.	
Amt 66 Risiko: Unvorhergesehene Ausgaben zur Gefahrenabwehr (Gewässer- und Bodenverunreinigung, Ersatzvornahmen für illegal gelagerte Abfälle).	
Amt 67	

Controllingbericht

Dezernat 5

3. Quartal 2016

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2016 insgesamt
		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 36	Straßenverkehrsamt	447.100 €		447.100 €
Amt 61	Amt für Kreisentwicklung und Mobilität	259.500 €	-56.930 €	202.570 €
Amt 62	Amt für Katasterwesen und Geoinformation	10.000 €		10.000 €
Amt 63	Bauaufsichtsamt	-87.000 €		-87.000 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		629.600 €	-56.930 €	572.670 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 36	Straßenverkehrsamt	0 €		0 €
Amt 61	Amt für Kreisentwicklung und Mobilität	-236.500 €	1.645.500 €	1.409.000 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>		-236.500 €	1.645.500 €	1.409.000 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

28.10.2016 *Jalger*

Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 5

Sachverhalt	Veränderung in €
• Mehrerträge aus Erstattungen von Gemeinden, insbesondere Personalkostenerstattung Grünes C (10.200) und Erstattungen für Machbarkeitsstudie L274n (14.700,- €)	30.000
• Verbesserungen beim AST-Verlustausgleich durch Angebotsverbesserungen in Folge der Nahverkehrsplanänderungen	74.000
• höhere Honorare für externe Dienste, vor allem für Gewerbeflächenkonzept und Untersuchungen zur Förderung des Nahverkehrs (zum Teil gedeckt durch EÜ aus Vorjahr)	-81.300
• verschiedene Veränderungen in geringem Umfang, z. B. Mehraufwand aufgrund Geschäftsstellenwechsel Regionaler Arbeitskreis RAK, oder verstärkte Projektarbeit Raumplanung, Regionalentwicklung (teilweise gedeckt durch EÜ aus Vorjahr)	-2.600
• Mehraufwendungen für Projekte Radverkehr, insbesondere Planungskosten Lückenschluss Siegtalradweg bei Dreisel (finanziert über EÜ aus Vorjahren)	-27.530
• Straßenbau: Mehrertrag aus Restzahlung Landeszuweisung für Ortsumgehung Lüftelberg, K53	45.000
• Verbesserung aus der Auflösung nicht mehr benötigter Anteile aus Rückstellungen für Instandhaltung von Kreisstraßen	165.000
• Wenigeraufwand aus der Umsetzung des Instandhaltungsprogramms 2016, wird benötigt zur Deckung von	126.000
• Mehraufwendungen für kommunale Gebühren für Niederschlagswasserbeseitigung an Kreisstraßen	-126.000
Summe Amt 61	202.570
• 0.62.10 Vermessung: geringeres Gebührenaufkommen nach erwarteten Auftragsvolumina (Vermessungen für Dritte)	-35.000
• 0.62.20 Kataster: höheren Gebührenaufkommen aufgrund der hohen Zahl von Zwangseinmessungen (Erstattung von Ersatzvornahmen)	10.000
• 0.62.20 Kaster: geringere Aufwendungen für Dienste externer Dritter, da Zwangseinmessungen durch das Amt selbst durchgeführt werden	30.000
• 0.62.40 Grundstückswertermittlungen: höhere Erstattungen des Landes NRW	5.000
Summe Amt 62	10.000
• 0.63.10 Baugenehmigungen: geringere Gebührenerträge (trotz hohem Antragseingang) wegen unbesetzter Stellen	-38.000

Sachverhalt	Veränderung in €
• 0.63.20 Bauverwaltung: Ausfall von Ersatzvornahmeerstattungen, Verringerung ordnungsrechtlicher Erträge wegen Zurückstellung von Bußgeldverfahren (wegen laufender Arbeiten zur Digitalisierung von Akten)	-49.000
Summe Amt 63	-87.000
• 0.36.10 Verkehrssicherung: Mehrerträge aus Gebührenerhöhung, Fallzahlensteigerung in den Bereichen "verkehrsrechtliche Genehmigungen von Baustellen und Veranstaltungen" und "Erteilung von Ausnahmen" sowie Anstieg von Fahrtenbuchauflagen	112.800
• 0.36.20 Erlaubnisse zur Personen- und Güterbeförderung: geringere Gebührenerträge aufgrund sich abzeichnender sinkender Fallzahlen	-10.700
• 0.36.30 Zulassung und Abmeldung: trotz rückläufiger Fallzahlen im 2. Halbjahr 2016 insgesamt deutliche Steigerungen im Zulassungsgeschäft; daher trotz geänderter Verfahrensweise des Amtes bei Ausfuhrkennzeichen (die der Identifizierung von Fahrzeugen und der Vermeidung von Täuschungen dient) und demzufolge Abwanderung von Großkunden zu anderen Zulassungsstellen mit erwarteten Einnahmerückgängen von rd. 200.000 € insgesamt Verbesserung bei den Gebührenerträgen	635.000
• 0.36.40 Überwachung der Halterpflichten: Mehrerträge nach Gebührenerhöhung per 01.01.2016	105.000
• 0.36.60 Überwachung des fließenden Verkehrs: Schwerpunktverlagerung der Polizeiarbeit und nachwirkende Vandalismusschäden bei Messanlagen mindern die ordnungsrechtlichen Erträge (rd. -675.000 €); aufgrund der Fallzahlenentwicklung bei der Messanlage an der A 59 wird erwartet, dass die angesetzten 1,8 Mio. erreicht werden. Geringerer Aufwand infolge Bearbeitung der Bußgelder A59 mit eigenem Personal (rd. 280 T€, ursprünglich war beabsichtigt, externe Dienstleister einzusetzen)	-395.000
Summe Amt 36	447.100

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der Investitionen im Dezernat 5

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Die ausgewiesene saldierte Gesamtverbesserung bei den Investitionen des Amtes für Kreisentwicklung und Mobilität hat folgende Ursachen:</u>	
• Wenigerauszahlungen bei den Baukosten aufgrund zeitlicher Verschiebungen (Ermächtigungsübertragung nach 2017 erforderlich)	3.325.000
• Mehrauszahlungen bei den Baukosten aufgrund zeitlicher Verschiebungen (Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren)	-165.500
• Wenigerauszahlungen beim Grunderwerb aufgrund zeitlicher Verschiebungen (Ermächtigungsübertragung nach 2017 erforderlich):	85.000
• Mehrauszahlungen beim Grunderwerb aufgrund zeitlicher Verschiebungen (Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren)	-1.221.800
• Restabwicklung des Projekts "Klosterlandschaft Heisterbach" (letzter Baustein "Info-/Wegesystem", aus Ermächtigungsübertragungen):	-368.200
<u>Somit Summe Veränderungen aufgrund von zeitlichen Verzögerungen</u>	1.654.500 ¹⁾
• Voraussichtliche Mindereinzahlungen bei Landeszuweisungen aufgrund der Entwicklung der Baukosten (K 29, K 3):	-270.000
• Restliche Kostenbeteiligung Stadt Königswinter für Projekt "Klosterlandschaft Heisterbach"	24.500
Summe Amt 61	1.409.000

¹⁾ Bei der Durchführung einer Vielzahl von investiven Maßnahmen kommt es (beim Kreisstraßenbau insbesondere wg. fehlendem Baurecht, ausstehenden Schlussrechnungen, etc.) zu zeitlichen Verzögerungen. In solchen Fällen ist die Übertragung der entsprechenden (restlichen) Ausgabeermächtigung bis zur entgeltigen Fertigstellung der Maßnahme erforderlich. Dies hat im jeweils lfd. Haushaltsvollzug/für das Controlling entweder zur Folge, dass

- Maßnahmekosten, soweit sie nicht aus einem Haushaltsansatz, sondern aus Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren finanziert werden, zu Verschlechterungen führen, diese aber durch die übertragenden Mittel gedeckt sind, oder dass
- veranschlagte Maßnahmekosten aufgrund der Zeitlichen Verzögerungen erspart werden und dies somit zu entsprechenden Haushaltsverbesserungen führt, die Ausgabeermächtigungen jedoch im Rahmen der Ermächtigungsübertragungen in das folgende Haushaltsjahr übertragen werden müssen.

Beide Sachverhalte führen zwar zu Abweichungen ggü. der Hpl.-Veranschlagungen; sie stellen allerdings keine "substanziellen" Haushaltsveränderungen dar.

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 5

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
Amt 36 Im Bereich der Zulassung (0.36.30) kann es auch kurzfristig zu starken Schwankungen kommen, die sich in beide Richtungen entwickeln. Wirtschaftskrisen oder auch Förderprogramme haben großen Einfluss auf das Kaufverhalten der Kunden, können von hier jedoch nicht beeinflusst werden und sind auch nicht unbedingt vorhersehbar. Im Bereich 0.36.60 können im zweiten Halbjahr drei durch Vandalismus ausgefallene stationäre Standorte wieder in Betrieb gesetzt werden. Sofern keine anderen Standorte bei der stationären Überwachung ausfallen, kann mit wieder ansteigenden Fallzahlen gerechnet werden. Durch einen notwendigen Wechsel auf einen anderen Nassfilm-Anbieter muss die Filmentwicklung im laufenden Betrieb neu kalibriert werden. Da die chemischen Entwicklerprozesse derzeit noch schwankende Ergebnisse liefern, kann nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne Messfilme keine, die für die rechtssichere Verfolgung notwendige Bildqualität erreichen, was sich wiederum in Mindereinnahmen im 4. Quartal niederschlagen würde. Bei den Polizeianzeigen ist noch absehbar, in wie weit der Einfluss der Flüchtlingssituation auf die gesamte Arbeitskraft bei der Polizei abgeschlossen ist oder sogar noch zunehmen wird. Dementsprechend sind Aussagen zur Entwicklung des Trends zu Gunsten oder zu weiteren Lasten der Überwachungstätigkeit und damit der von hier zu bearbeitenden Fallzahlen nicht	

Dezernat 6

3. Quartal 2016

Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)

		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2016 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 17	Archiv	-3.800 €	0 €	-3.800 €
Amt 40	Amt für Schule und Bildungskordinierung	-148.174 €	-1.500 €	-149.674 €
Amt 41	Kultur- und Sportamt	0 €	-20.000 €	-20.000 €
Amt 51	Jugendamt	2.389.083 €	0 €	2.389.083 €
Amt 57	Psychologische Beratungsdienste	880 €	0 €	880 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		2.237.989 €	-21.500 €	2.216.489 €

Investitionen

Amt 40	Amt für Schule und Bildungskordinierung	-8.800 €	98.800 €	90.000 €
Amt 41	Kultur- und Sportamt	0 €	0 €	0 €
Amt 51	Jugendamt	0 €	0 €	0 €
Amt 57	Psychologische Beratungsdienste	3.900 €	0 €	3.900 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>		-4.900 €	98.800 €	93.900 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil diese Berichtes.

18.11.2016
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 6

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 17</u>	
• Der Rhein-Sieg-Kreis hat im Juni 2016 den 50. Rheinischen Archivtag ausgerichtet. Die Veranstaltung wurde seitens des LVR im Frühjahr 2015 an das Archiv des Rhein-Sieg-Kreises herangetragen. Der Landrat erteilte am 21.07.2015 die Genehmigung zur Durchführung des Archivtages. Daher konnten bei der Planung des Doppelhaushaltes 2015/2016 im Jahr 2014 keine Gelder beantragt werden.	-2.400
• Seitens des Personalamtes bestanden Forderungen gegenüber der Arge für Zahlungen einer ABM-Kraft im Rahmen des Landesprojekts LISE. Diese Forderungen sind in den Haushalt des Amtes 17 eingebucht worden.	-1.700
• Weniger Mikorverfilmung als ursprünglich geplant.	2.500
• Höhere Landesförderung für die Gedenkstätte	3.500
• Wegen Baustellenschließung entfallen Öffnungszeiten und damit Aufwendungen für das Aufsichtspersonal.	800
• Höhere Honoraraufwendungen für Museumpädagogen - Kinderbuch (s. Kompensation bei Erträgen).	-3.500
• Höhere Zeitschriften-Abonnement-Kosten	-3.000
Summe Amt 17	-3.800
<u>Amt 40</u>	
• Mehreinnahmen Kopiergelder in den Berufskollegs - Kostenbeiträge von Schülern	18.000
• Neues Vergabeverfahren Gebäudereinigung in den Berufskollegs.	-110.700
• Höherer Bedarf an Lehr- und Unterrichtsmitteln in den Berufskollegs durch die Internationalen Förderklassen (mittlerweile 16 IFK's).	-10.000
• Höhere Kopierkosten durch mehr Schüler (s. Erträge) an den Berufskollegs.	-18.000
• Unfallkasse NRW erhöht Hebesätze für die unfallversicherung an den Berufskollegs.	-22.100
• Höhere Bundeszuschüsse für die Freiwilligendienste an den Förderschulen.	59.300
• Höhere Landeszuschüsse für den Fördernden Offenen Ganztag (FOGS) an den Förderschulen.	32.546
• Höhere Einnahmen für die FOGS, weil mehr Kinder.	7.525
• Neues Vergabeverfahren Gebäudereinigung in den Förderschulen.	-83.800
• Anstieg der Beförderungskosten im Schülerspezialverkehr für Förderschüler wegen höherer Schülerzahlen.	-72.000

Sachverhalt	Veränderung in €
• Mehr FOGS-Gruppen, dadurch mehr Sachaufwendungen.	-41.500
• An der Rudolf-Dreikurs-Förderschule wurde ein Hausmeister der Stadt Siegburg anteilig finanziert. Der Kostenbeitrag entfällt, weil der Kreis inzwischen einen eigenen Hausmeister beschäftigt.	18.000
• Mehr Personal für FOGS-Gruppen, weil mehr FOGS-Gruppen.	-38.000
• Unfallkasse NRW erhöht Hebesätze für die unfallversicherung an den Förderschulen.	-2.345
• Weniger Schüler an Sankt Ansgar. Sankt Ansgar beschult Förderschüler mit emotional-sozialen Förderbedarf in der Sekundarstufe im Auftrag des Kreises.	37.000
• Der Kreis zahlt für die Beschulung von Schülern aus dem Kreis eine Pauschale je Schüler/in und entlastet so seine Förderschulen. Der erwartete Anstieg der Schülerzahlen an der Franziskusschule trat nicht ein.	18.000
• Im Übergangsmanagement Schule - Beruf werden die Kosten der Potenzialanalyse für alle Schüler/innen der 8. Klassen inzwischen unmittelbar im Rahmen des Landesprogramms "Kein Abschluss ohne Anschluss" abgerechnet. Die bisher durch den Kreis erbrachten Aufwendungen entfallen, daher entfallen auch die Erstattungen.	-550.000
• Der Zuschuss des Landes für Personal- und Sachkosten fällt geringer aus, weil die Aufwendungen aufgrund zeitweise Personalvakanz geringer waren (siehe unten, Aufwendungen).	-24.000
• Der Ansatz für die Potenzialanalyse in Höhe von 550.000 € entfällt (siehe oben). Die verbleibenden 100.000 € des Gesamtansatzes sind für die Förderung intensiver Berufsorientierung für förderbedürftige Schüler/Innen vorgesehen. Auf diese Weise sollen Folgekosten für soziale Sicherungssysteme und Transferaufwendungen vermieden werden. Aus unterschiedlichen Gründen können zahlreiche Schulen die Maßnahmen erst in den ersten Wochen des Jahres 2017 durchführen, eine Übertragung von 40.000 € in das Haushaltsjahr 2017 soll beantragt werden.	590.000
• Geringere Sachaufwendungen im Regionalen Bildungsbüro.	42.400
Summe Amt 40	-149.674
Amt 41	
• Verzögerungen im Projektablauf Aufarbeitung der NS-Medizinverbrechen.	-20.000
Summe Amt 41	-20.000
Amt 51	
• Mehreinnahmen bei den Landeszuweisungen durch zusätzliche Kitaplätze.	892.000
• Mehreinnahmen bei den Elternbeiträgen - Kitaplätze.	632.800
• Positive Entwicklung bei der Tagespflege - mehr Benutzungsgebühren.	130.000
• Höhere Betriebskosten durch zusätzliche Kitaplätze.	-1.657.000
• Steigerung der Sozialversicherungskosten bei Tagespflegepersonen.	-145.000

Sachverhalt	Veränderung in €
• Erhöhte Förderung u3-Ausbau in der Tagespflege.	-50.000
• Mehraufwand für Tagespflegepersonen	-107.000
• Kostenerstattungen bei den ambulanten Hilfen und für UMAs. Hier macht sich insgesamt die bessere Personalausstattung im Verwaltungsbereich bemerkbar.	138.000
• Kostenerstattungen bei den ambulanten Hilfen gegen uns.	-73.000
• Höheres Fallaufkommen bei den ambulanten Hilfen. Bedingt in dem Produkt zwar Mehraufwendungen; kann aber positiv sein, wenn dies zugunsten von kostenintensiveren stationären Hilfestellungen erfolgt.	-125.000
• Weniger Aufwand bei ambulanten Hilfen im Saldo.	152.900
• Ungeplante Hilfen in Notsituation im Jugendhilfezentrum Meckenheim.	-40.000
• 100.000 € Mehraufwand durch Fallsteigerung in einem Jugendhilfezentrum (JHZ), 240.000 € Mehraufwand durch kostenintensiven Fall nach Rechtsstreit und mehr Schulbegleitungen in einem anderen JHZ sowie Ersparnis (55.000 €).	-285.000
• Im Bereich Amtsvormundschaften Erstattungen vom Land für UMAs.	55.025
• Kostenerstattungen im stationären Bereich für UMAs	3.272.925
• Kostenerstattungen im stationären Bereich (Pflegefamilien, Heime, Eingliederungshilfen etc.). Hier zeigen sich die positiven Auswirkungen von einer verbesserten Personalausstattung im Verwaltungsbereich ganz deutlich.	2.184.500
• Mehraufwendungen bei den stationären Hilfen für UMAs.	-2.398.400
• Partiiell Fallzahlensteigerungen in einzelnen stationären Hilfestellungen.	-720.100
• Weniger Fallaufkommen in einigen stationären Hilfestellungen.	1.055.900
• Kostenerstattungen bei den stationären Hilfen.	-581.800
• Mehr Heranziehungen beim Unterhaltsvorschuss.	35.000
• Weniger Landeserstattungen beim Unterhaltsvorschuss.	-23.300
• Weniger Unterhaltsvorschussleistungen.	62.000
• Weniger Einnahmeablieferung Land beim Unterhaltsvorschuss	-16.367
Summe Amt 51	2.389.083
Amt 57	
• Saldierte Mehraufwendungen in der Erziehungsberatung.	580
• Mehraufwendungen im Schulpsychologischen Dienst.	300
Summe Amt 57	880

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der Investitionen im Dezernat 6

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 40</u>	
• Verschiebung der Sanierungsarbeiten am Carl-Reuther-Berufskolleg in Hennef.	109.000
• In 2015 begonnene Beschaffungsmaßnahmen am Berufskolleg in Siegburg werden fortgeführt.	-32.000
• In 2015 begonnene Beschaffungsmaßnahmen am Berufskolleg in Troisdorf werden fortgeführt.	65.500
• Ausstattung der Berufskollegs bei der Datenverarbeitung, Fortführung aus 2015.	-155.000
• Begonnene Beschaffungsmaßnahmen aus 2015 an Förderschulen werden fortgeführt.	-14.700
• Erneuerung der Einrichtung und Ersatzbeschaffung an Förderschulen wegen fortschreitender Sanierungsmaßnahmen, begonnen in 2015 - Fortführung.	-37.800
• Verschiebung von Sanierungsarbeiten auf 2017 an Förderschulen in Alfter und Hennef.	155.000
Summe Amt 40	90.000
<u>Amt 41</u>	
Summe Amt 41	0
<u>Amt 51</u>	
Summe Amt 51	0
<u>Amt 57</u>	
• Anschaffungen	3.900
Summe Amt 57	3.900

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 6

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Amt 17</u> Fehlanzeige	
<u>Amt 40</u> Fehlanzeige	
<u>Amt 41</u> Fehlanzeige	
<u>Amt 51</u> Grundsätzlich ist es sehr schwierig, insbesondere für die Teilprodukte 0.51.40 (ambulante Hilfen) und 0.51.70 (stationären Hilfen) Prognosen zu tätigen, da die Dauer der Hilfen durchaus von den Erwartungen abweichen können und zur Frage von Neufällen nur Annahmen getroffen werden können. Insbesondere im Bereich der familienersetzenden Hilfen (51.70) zeichnet sich allerdings im Vergleich zum letzten Controllingbericht eine sehr positive Entwicklung ab. Die Mehraufwendungen für die unbegleiteten Flüchtlinge werden vermutlich durch die in Aussicht gestellten Erstattungen des überörtlichen Trägers -wenn auch mit evtl. zeitlicher Verzögerung- ausgeglichen. Darüber hinaus konnten die übrigen Kostenerstattungsfälle aufgrund besserer personeller Ausstattung in den JHZ nun zeitnäher und konsequenter abgerechnet werden. Im Kindergartenbereich sind Investitionen in enormer Höhe vorgesehen. Die Maßnahmen sollen schnellstmöglich durchgeführt werden. Der Aufwand wird allerdings überwiegend im HHJ 2017 kassenwirksam. Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch völlig unklar, ob einzelne Maßnahmen noch im Jahre 2016 begonnen werden können oder sich weitere Verzögerungen ergeben werden.	
<u>Amt 57</u> Fehlanzeige	

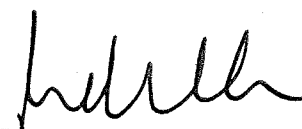
Controllingbericht

Dezernat 7

3. Quartal 2016

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2016 insgesamt
		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 20	Amt für Finanzwesen	4.813.800 €		4.813.800 €
Amt 22	Amt für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft, Wohnungsbauförderung	2.877.000 €	305.000 €	3.182.000 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		7.690.800 €	305.000 €	7.995.800 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 20	Amt für Finanzwesen	500.000 €		500.000 €
Amt 22	Amt für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft, Wohnungsbauförderung	6.800.000 €	3.250.000 €	10.050.000 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>		7.300.000 €	3.250.000 €	10.550.000 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

24/11/16 

Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 7

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 20</u>	
• Verbesserungen Finanzausgleich: 3.481 T€; Geringere Zinsen Kreditmarkt durch spätere Kreditaufnahme: 888 T€	4.369.000
• Verbesserungen im Bereich der Erhebung von Vollstreckungsgebühren, Säumniszuschläge, Mahngebühren: 445 T€; Entfall Aufwendungen für externes Personal zur Bearbeitung der Bußgelder aus der Messung an der A59:160 T€ (Kosten entstehen an anderer Stelle im Personalbudget); Höheres Aufkommen an Vollstreckungsgebühren führt zu höherer AfA auf Forderungen -160 T€	445.000
Summe Amt 20	4.814.000
<u>Amt 22</u>	
• <u>Beteiligungen:</u> Verbesserung Interlokale Verkehre Stadt Köln aufgrund Plandaten für 2016 sowie Spitzabrechnung: 191 T€; Verbesserung SSB aus Spitzabrechnung 2015 und aktueller Wirtschaftsplan 2016: rd. 1.486 T€; Höhere Ausschüttung KSK: 985 T€, Höhere Ausschüttung BRS: 633 T€, neue Ausschüttung RSAG AöR: 600T€,	3.895.000
• <u>Versicherungen/Liegenschaften:</u> Saldierte Verbesserung aus Mieten/Pachten +17 T€; Erhöhte Erlöse aus Parkentgelten +59 T€; Auflösung Verbindlichkeit aus Rentenzahlung wegen Tod 30 T€; Beiträge Versicherungen insbes. Höhere Kfz-Versicherung wg. Anschaffung neuer RTW -98 T€	8.000
• <u>Wohnungsbauförderung:</u> Mehreinnahmen Verwaltungsgebühren aufgrund gestiegener Anträge	75.000
• <u>Gebäudewirtschaft allgemein:</u> Die Veränderungen ergeben sich teilweise aufgrund <i>zeitlicher Verschiebungen</i> , weil Projekte noch nicht begonnen bzw. nicht in dem geplanten Umfang in 2016 umgesetzt werden können. Soweit hierfür nicht in 2016 Rückstellungen in Höhe des Haushaltsansatzes gebildet werden müssen (so dass sich im Ergebnis keine Auswirkung auf die Haushaltsentwicklung ergibt), werden am Ende des Jahres teilweise Ermächtigungsübertragungen gebildet, so dass die Mittel im Folgejahr zur Verfügung stehen; gleichzeitig stellt dies aber im lfd. Haushaltsjahr 2016 eine Verbesserung dar. Im Folgejahr führen die Inanspruchnahmen von Ermächtigungsübertragungen dann zu einer Haushaltsverschlechterung. Dies betrifft folgende Projekte: Umzüge, Auslagerungen Kreishaus (+170 T€); Sanierung BK Hennef, Interim (-400 T€), Sanierung Förderschule Alfter-Gielsdorf (+75 T€), BK Bonn (60 T€), SQ Siegburg (150 T€), Sprachkindergarten Siegburg (50 T€), Sonstige Veränderungen (19 T€)	124.000

Sachverhalt

Veränderung
in €
-920.000

Wesentliche *substanzielle Veränderungen* ergeben sich darüber hinaus in folgenden Bereichen:

geringere Betriebsaufwendungen Blockheizkraftwerk, da nicht in Betrieb, rd. +390 T€

Auflösung div. Kleinere Rückstellungen (Brandmeldeanlage Troisdorf 29 T€, GG St. Augustin 83 T€, Umbau Kantine 43 T€)

Sanierung BK Troisdorf Maßnahme verschoben: +250 T€

Sanierung GG Windeck -1,3 Mio. € (Bildung Rückstellung: -730 T€; zusätzlich werden aus den Verbesserungen im Bereich der Beteiligungen 770 T€ für Auftragsvergaben für diese Maßnahme benötigt, davon 200 T€ nach 2017 zu übertragen, weil Leistungserbringung erst in 2017)

Burgruine Windeck, Bildung Rückstellung: -400 T€

Sanierung Turnhalle Hennef, Bildung Rückstellung, -500 T€

GG Sankt Augustin, Auflösung Rückstellungen +300 T€

Abriss Schullandheim entfällt, da verkauft: +185 T€

Summe Amt 22

3.182.000

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der Investitionen im Dezernat 7

Sachverhalt	Veränderung in €
Amt 20	
• Geringere Tilgungszahlungen wegen späterer Kreditaufnahme	500.000
Summe Amt 20	500.000
Amt 22	
• Gebäudewirtschaft: Die Verbesserung im Bereich der Investitionen ist im Wesentlichen den zeitlichen Verschiebungen im Rahmen der Bauprojekte geschuldet, wenngleich diesen Verbesserungen auch auf der anderen Seite Verschlechterungen gegenüber stehen, die aus der Inanspruchnahme von Ermächtigungsübertragungen (EÜ) der Vorjahre resultieren. Der Saldo von rd. 1,385 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus den zeitlichen Verschiebungen folgender Maßnahmen (+Verbesserung; -Verschlechterung):	
• LAN Datenleitungsnetz Kreishaus	150.000
• Zuwendung Beleuchtung (Sanierung Kreishaus) Mittelabruf erfolgt schrittweise bis 2017	200.000
• Baulicher Brandschutz Kreishaus	700.000
• Neubau GG Sankt Augustin (EÜ aus Vorjahren wird in Anspruch genommen)	-200.000
• Sanierung BK Hennef	-2.200.000
• Sanierung Turnhalle SQ Siegburg	1.375.000
• Sanierung Schulgebäude SQ Alfter	1.502.000
• Dachausbau Hennef Bröhl	-207.000
• Neubau Rettungswache Bornheim Baukosten	1.940.000
• diverse Inanspruchnahmen EÜ (Verschlechterungen) < 100 T€ saldiert mit Verbesserungen < 100 T€	-10.000
Substantielle Veränderungen ergeben sich durch:	
• Neuveranschlagung Sanierung BK Troisdorf im HPL 2017/18	6.000.000
• Neuveranschlagung Neubau Rettungswache Much im HPL 2017/18	750.000
• Rettungswache Swisttal Grundstück	-200.000
• Grundstücksverkäufe	296.000
• div. < 100 T€	-46.000
Summe Amt 22	10.050.000

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 7

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
Amt 20 keine Erläuterungen erforderlich	
Amt 22 Risiko - Neubau Rettungswachen - Bornheim. Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass es aufgrund der vom Fachbereich formulierten Anforderungen an Fläche und Standard zu erheblichen Kostensteigerungen kommen wird, die aber annähernd belastbar erst bei Vorliegen der Kostenberechnung beziffert werden können. Betroffen ist der Gebührenhaushalt und dort der investive Bereich, Auswirkungen ergeben sich daher langfristig über Abschreibungen und Zinsen; der Haushalt 2016 ist hiervon nicht direkt betroffen	

Controllingbericht

**Zusammenfassung der Berichte der
Stabstellen**

3. Quartal 2016

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2016 insgesamt
		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Stäbe 01 + 06	Wirtschaftsförderung und Abgeschottete Statistikstelle	0 €	0 €	0 €
Stab 02	Pressestelle	0 €	0 €	0 €
Stab 05	Öffentlichkeitsarbeit und Büro des Landrats	9.000 €	32.000 €	41.000 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		9.000 €	32.000 €	41.000 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen sind in den als **Anlage** beigefügten **Berichten der Stabstellen** dargelegt.

Controllingbericht

3. Quartal 2016

Stab 01 Wirtschaftsförderung

Stab 06 Abgeschottete Statistikstelle

Abweichung ggü. Haushaltplan 2016
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

		Anlage	in €
Ergebnishaushalt			
0.90.10	Wirtschaftsförderung	-	0
0.90.11	Regionale Kooperationen	-	0
0.90.20	Statistik	-	0
Summe Veränderung aus Produkten			0
zzgl. Veränderungen aus Kostenstellen		-	0
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt			0
<u>nachrichtlich</u> : davon durch zeitliche Verschiebung			0

Chancen und Risiken

Innerhalb meines Fachbereichs sind keine wesentlichen Veränderungen absehbar.

Rhein-Sieg-Kreis
Der Landrat
Referat Wirtschaftsförderung
07.11.16
Datum / Unterschrift Leitung Stäbe

Controllingbericht

3. Quartal 2016

Stab 02 Pressestelle

Abweichung ggü. Haushaltplan 2016
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

		Anlage	in €
Ergebnishaushalt			
0.01.30	Pressestelle		0
	Summe Veränderung aus Produkten		0
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt			0
<u>nachrichtlich:</u> davon durch zeitliche Verschiebung			0

Chancen und Risiken

Innerhalb meines Fachbereichs sind keine wesentlichen Veränderungen absehbar.

11.10.16 R. Jandt

Datum / Unterschrift Leitung Stab

Controllingbericht

3. Quartal 2016

Stab 05 Öffentlichkeitsarbeit und Büro des Landrats

Abweichung ggü. Haushaltplan 2016
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

		Anlage	in €
Ergebnishaushalt			
0.01.50	Öffentlichkeitsarbeit und Büro Landrat	1	-49.600
	Summe Veränderung aus Produkten		-49.600
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt			-49.600
<u>nachrichtlich:</u> davon durch zeitliche Verschiebung			-58.600

Chancen und Risiken

4/10/16 *E. Kone*
Datum / Unterschrift Leitung Stab

bitte Eingabe

Controllingbericht

3. Quartal 2016

Stab 05 Öffentlichkeitsarbeit und Büro des Landrats

Abweichung ggü. Haushaltplan 2016
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

		Anlage	in €
Ergebnishaushalt			
0.01.50	Öffentlichkeitsarbeit und Büro Landrat	1	41.000
	Summe Veränderung aus Produkten		41.000
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt			41.000
<u>nachrichtlich</u> : davon durch zeitliche Verschiebung			32.000

Chancen und Risiken

28/10/2016 
Datum / Unterschrift Leitung Stab

0.01.50 Öffentlichkeitsarbeit und Büro Landrat

[illegible]

bitte Eingabe

Controllingbericht

**Personal- und
Versorgungsaufwand**

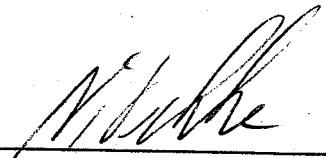
3. Quartal 2016

Abweichung ggü. Haushaltplan 2016
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

Personal- und Versorgungsaufwand - allgemeiner Haushalt	-1.435.000 €
Personal- und Versorgungsaufwand - Teilhaushalt Jugendamt	-38.000 €
Personal- und Versorgungsaufwand - Personal im Jobcenter	-352.500 €
Gesamtveränderung	-1.825.500 €

Die Ursachen und Hintergründen der Veränderungen sowie der Gegenfinanzierung sind in der Anlage 1 erläutert.

Eventuelle Chancen und Risiken im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands sind in Anlage 2 dargestellt.



Unterschrift Verantwortlicher
Personalwesen

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt

Veränderung
in €

Allgemeiner Haushalt:

• Personalaufwendungen Die Verbesserung resultiert aus unbesetzten Stellen, deren Nachbesetzung geplant ist, jedoch aufgrund zeitlicher Verzögerungen (Kündigungszeiten, etc.) erst in 2017 erfolgt.	400.000
• Erstattung des Landes für den Personaleinsatz in den kreiseigenen Notunterkünften einschl. Pauschale für Krisenstabe, Organisation/Koordination und sonstige Verwaltungsarbeit im Hintergrund	240.000
• Pensions- und Beihilferückstellungen Die Zahlen basieren auf den Rückstellungswerten zum 31.12.2015 und enthalten eine Steigerung in Höhe der Besoldungserhöhung ab 01.08.2016 von 2,1%. Darüber hinaus wurde aufgrund der allgemein gestiegenen Krankheitskosten die versicherungsmathematische Bewertung der Beihilferückstellungen angepasst, das zu einer höheren Beihilferückstellung als veranschlagt führt.	-2.227.000
• Beiträge Versorgungskasse Aufgrund einer Umlageerstattung durch die Rheinische Versorgungskasse sowie den entsprechend niedriger festgesetzten Abschlagszahlung fiel die Umlage in 2016 insgesamt geringer aus.	152.000
Summe	-1.435.000

Teilhaushalt Jugendamt:

• Personalaufwendungen Die Einsparung resultiert aus der hohen Fluktation (Elternzeit, Kündigung etc.) und der damit verbundenen zeitlich verzögerten Nachbesetzung von Stellen.	119.000
• Pensions- und Beihilferückstellungen Die Pensionsrückstellungen werden nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben beschriebene Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-178.000
• Beiträge Versorgungskasse Die Beiträge an die Rheinische Versorgungskasse dienen der Auszahlung der laufenden Versorgungsbezüge und werden daher ebenfalls nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben genannte Verbesserung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	21.000
Summe	-38.000

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt

Personal im Jobcenter:

	Veränderung in €
• Personalaufwendungen Der Personalausschuss hat in seiner Sitzung am 16.02.2016 beschlossen, dem job-center 23 weitere Stellen zur Verfügung zu stellen, wovon ein Großteil bereits im August/September 2016 besetzt werden.	-400.000
• Pensions- und Beihilferückstellungen Die Pensionsrückstellungen werden nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Dennoch kommt es hier zu einer Verbesserung, weil für den Teilhaushalt job-center mehr Beamtenbezüge eingeplant wurden als tatsächlich anfallen.	7.500
• Beiträge Versorgungskasse Die Beiträge an die Rheinische Versorgungskasse dienen der Auszahlung der laufenden Versorgungsbezüge und werden daher ebenfalls nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben genannte Verbesserung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	40.000
Summe	-352.500

Da der Rhein-Sieg-Kreis den kommunalen Finanzierungsanteil trägt, egal bei welchem Dienstherrn die Stellen des job-centers eingerichtet sind, wird der Gesamthaushalt nicht zusätzlich belastet. Es kommt lediglich zu einer Verlagerung der Kosten zwischen dem Budget des Sozialamtes und dem Personalaufwand.

Darstellung der wesentlichen **Chancen und Risiken** im Bereich
des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Volumen in €
(Kurzbeschreibung)	(soweit bezifferbar)
Die Prognose der Personal- und Versorgungsaufwendungen ist zum jetzigen Zeitpunkt noch sehr ungewiss, weil viele Unwägbarkeiten aufgrund der Bildung bzw. Auflösung von Rückstellungen und sonstigen Verrechnungen bestehen. So kann insbesondere die versicherungsmathematische Bewertung der Pensions- und Beihilferückstellungen durch die <u>Rheinische Versorgungskasse</u> das Ergebnis noch wesentlich verändern.	